

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküdler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßigkeiten- u. Keksindustric

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Erscheint jeden Donnerstag  
Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr

Insertionspreis pro dreigepflichtete Petition  
Zeile 50 Pf., für die Zahlstellen 30 Pf.

## Achtung!

Die nächste Nummer bringt die Jahresabrechnung und wird deshalb achtseitig herausgegeben. Den Zahlstellen und sonstigen Verbandsstellen werden so viele Exemplare zugehen, daß auch die im Feie stehenden Mitglieder damit versehen werden können; die Nummer eignet sich zur Weitergabe an die Kollegenschaft in besonderem Maße. Sorge deshalb jedes Mitglied schon jetzt dafür, daß ihr Inhalt unter allen Angehörigen des Berufes weiteste Verbreitung findet. Werbt unter Hinweis auf die aus dem Jahresbericht zu erschende gesunde Kraft des Verbandes unsern Zielen fortgesetzt neue Mitstreiter! Der Verband hat auch in der langen Kriegszeit der Arbeiterschaft in den Bäckereien und Süßwarenbetrieben unendlich große Dienste geleistet und so einer besseren Zukunft die Wege geebnet. Es darf ihm also in dieser ersten Zeit, die nur noch die großen, geistigen Kräfte zur Wirkung kommen läßt, ein Kollege und keine Kollegin fernbleiben!

## Die Scheu vor dem Neuen.

Die Frage einer Beitragserhöhung wird, wenn die gegenwärtige Zeuerung auch noch den Krieg überdauert — und das ist aller menschlichen Vorausicht nach sicher zu erwarten —, noch und noch alle Gewerkschaftsorganisationen beschäftigen müssen. Das bringt die kolossale Erwartung des Geldes eben mit sich. Die Unterstützungsäste, die bisher die Verbände in Bedarfsfällen ihren Mitgliedern zu gewähren gewohnt waren, entsprechen heute in keiner Weise mehr den verteuerten Verhältnissen. Sie boten wohl in der Vorkriegszeit hilfsbedürftigen organisierten Arbeitern manche wertvolle Beihilfe zur besseren Beschäftigung notwendiger Bedürfnisse; heute aber, bei der ungeheuren Herauslösung der Kaufkraft des Geldes, stehen die Verbände vor der Tatsache, die gesamten Unterstützungsäste nach oben erhöhen zu müssen, um einen Ausgleich zu schaffen, in der früheren Unterstüzung den gleichen Wert zu geben. Um diese Maßnahme kommt keine Organisation rum. Früher oder später wird jede hierzu Stellung nehmen müssen.

Dieser Umwandlungsprozeß im inneren Verbandszuge hat bereits eingesetzt. In einer Reihe deutscher Gewerkschaften ist um die Jahreswende (zumeist durch Urkundnung) eine Statutenänderung und damit natürlich auch augleich eine Beitragserhöhung durchgeführt worden. Beides steht eben in gerader Linie zusammen. Jeder Verband hat die unabsehbare Pflicht, Unterstützungs Höhe und dauer mit den Beitragshöhe stets in Einklang zu halten. Geschieht es nicht, dann ruht das Verbandsgewände auf ungesunder Grundlage. Gehört man also die Unterstützungen, dann müssen auch die Beiträge erhöht werden. Eins erfordert das andere; das eine zieht folgerichtig das andere nach sich. Den erhöhten Anforderungen an den Verband entspricht automatisch die größere Zuwendung. Das ist die natürliche Sache der Welt, und kein Verständiger wird dagegen Einspruch erheben können.

Viele Verbände werden aber auch genötigt, jene höhere Beiträge zu erheben, ohne zunächst in besonderer Weise die Unterstützungsäste zu erhöhen. Sie stehen vor zwei getrennten

Notwendigkeiten, die Verbandsfinanzen zu heben, weil der Krieg durch den damit verbundenen Mitgliederentzug und erweiterte außerstatutarische Unterstützungen (vor allem an die Familien der Kriegsteilnehmer) in die Verbandsfasse ein großes Loch gerissen hat. Die Zukunft erfordert aber für alle Verbände ein gutes Finanzverhältnis; denn dann soll es in erster Linie gelten, in verstärkter Weise für die Besserung der Lebenslage der Mitglieder einzutreten und dem während des Krieges erstaunten Unternehmertum, wenn nicht anders, durch Kampf die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter abzuringen. Diese Zukunftsnöwendigkeit liegt schon heute klar zufolge, und deshalb sind die Verbände genötigt, vorbereitend zu wirken im Interesse ihrer Mitglieder.

Trotzdem haben wir bei allen Verbänden, die bisher zur Sanierung ihrer Verbandsverhältnisse geschritten sind, eine gewisse Strömung gegen diese notwendige Maßnahme, gegen die Anpassung an die Neuverhältnisse beobachtet. In den Abstimmungen wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, daß ein, wenn auch kleinerer Teil der Mitglieder Gegen der Neuorientierung in den Verbandszägungen war; denn sie standen gegen die verlangte Beitragserhöhung. Damit verzichteten sie folgerichtig auf eine Erhöhung der Unterstützungsäste oder, was eine solche augenscheinlich nicht oder nur in geringem Maße bedeckt, gegen die finanzielle Erstärkung ihrer Gewerkschaftsorganisationen zur besseren und nachhaltigeren Durchführung späterer Kämpfe zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Berufe.

Es entsteht die Frage: Wie ist das möglich? Es muß ausgeprochen werden, daß die Arbeiterschaft vielfach die letzten Konsequenzen der Gewerkschaftsbewegung noch nicht begriffen hat, und daß sie gerade dann, wenn es sich um ihre eigene Sache handelt, zu konservativen Abschätzungen und Handlungen neigt. Jede Änderung der Dinge erscheint vielen Arbeitern unangenehm; in ihrer Scheu vor dem Neuen verschließen sie sich hochhäufig allen noch so wichtigen Argumenten und stehen unfestimmt dessen, daß völlig veränderte Verhältnisse veränderte Maßnahmen bedingen, jeder Neuerung voller Scheu feindlich und ablehnend gegenüber. Handelt es sich dabei nun gar um eine Beitragserhöhung, dann steht ein solcher Neuerungsgegner wie harnotiert nur auf diese; jede Ueberzuführung der Heilsfälle durch den Hinweis auf die spätere härtere Kampfesfroß, auf verbesserte Unterstützungen weiß er misstrauisch von sich; er lehnt die Neuerung eben ab, weil er sie bezahlen will, und das will er nicht. Es entsteht nicht einer gewissen Komit, wenn man beobachten muß, welche große Redeschlechtheit oftmals sogar unter wirtschaftlich bessergestellten Arbeitern geübt werden kann, wenn es sich um einige Pfennige erhöhte Verbandsbeitrages handelt. Mandeln gebaren sich dabei so, als ob es demnächst ihre eigene Sorge sei, sie verfechten mit zäher Hartnäckigkeit ihren veralteten Standpunkt und sehen prophetisch den Mitgliederdrang des Verbandes und dessen unausbleiblichen Ruin schon im voraus, obwohl Jahrzehntelange Erfahrung schon immer bewiesen hat, daß jede bessere Finanzierung der Gewerkschaft einen Mitgliederzuwachs gebracht hat, weil dadurch das Vertrauen der Mitglieder zum Verband gehoben wurde; denn die verstärkte Leistungsfähigkeit macht den Mitgliedern Mehrleistungen und dem Verbande bessere Kampfesfolge.

Bei ernsterem Nachdenken müßte sich jedes Mitglied sagen, daß jeder erhöhte Beitrag nur ihm selbst und den Kriegeren der Arbeiterschaft zugute kommen kann. Die durch eine Beitragserhöhung verbesserte Finanzierung eines Verbandes bildet einerseits das Rückgrat und Untergrund einer besseren wirtschaftlichen Lebensgehabens der Mitglieder, anderseits hilft die aufgetragenen größeren Summen in Form erhöhter Unter-

stützungen wieder zu den Mitgliedern zurück. Eine Beitragserhöhung ist also nichts weiter als eine verbesserte Sparsamkeit zugunsten jedes einzelnen Spars, in diesem Falle jedes Verbandsmitgliedes. Das angesammelte Vermögen bleibt Eigentum der Massen und wird zu deren besserm Wohlgehen verwendet. Wem es also aufrichtig um seine künftige proletarische Besserstellung zu tun ist, der kann gar nicht anders handeln, er muß seiner Organisation dieses erhöhte Opfer darbringen!

Wie steht es denn überhaupt mit dem höheren Verbandsbeitrag, wenn wir dessen Wirkung auf die augenblickliche wirtschaftliche Lage des Arbeiters untersuchen? Wir kommen da ohne weiteres zu dem Schluß, daß diese Wirkung nicht ins Gewicht fällt. Gewiß, jeder hat heute mehr denn je zu rechnen, und vielen fällt das Durchkommen ganz besonders schwer.

Die Ausbeutung der Konsumen durch Produzenten und Händler ist gewiß hoch. Es ist geradezu empörend, beobachten zu müssen, in welcher Weise das Proletariat durch die Verkäufer geschöpft und ausgejogen wird. Dazu verbleibt das verhorrnde Gefühl, daß einzelne sich auf Kosten der breiten Massen mühselig und möglichst bereichern. Der Arbeiter zahlt dreifach und zehnfach, weil er nur zugunsten derer, die ihm auf diese unsittliche Weise das Fell über die Ohren ziehen. Beim Verbandsbeitrag aber liegt es doch so, daß seitens Erhöhung einer städtischen Pflicht entspringt, daß sie außerdem das Haushaltssubjekt des Arbeiters in keiner Weise beeinflußt und daß sie keinen Einfluß immer wieder zugunsten der Arbeitersklasse. Verbesserung findet, indem dadurch höhere Löne erkämpft werden und dem einzelnen im Bedürfnissfalle in verbesselter Form geholfen werden kann. Dafür bedarf es auf diesem Gebiete keiner besonderen Erringung und Überzeugung. Die Not der Zeit erfordert gebeterisch vorbaute Maßnahmen im Interesse der gesamten Arbeitersklasse. Und in einem solchen Falle, wo alles für eine notwendige und in der Wirkung tödliche Maßnahme spricht, die geeignet ist, das künftige Schicksal der Arbeiterschaft ohne einschneidende Mehrarbeiten günstig zu beeinflussen und zum besten zu führen, sollte jeder dem ernsten Erfordernis der veränderten Zeit mit freudiger Rednung tragen. Er erfüllt damit nur eine Pflicht gegen sich selbst und für das gesamte Proletariat!

## Zum gesetzlichen Verbot der Nacharbeit im Bäckerhandwerk.

Unter dieser Überschrift gibt die amtliche Zeitschrift des geschäftsführenden Verstandes des Zentralverbandes deutscher Bäcker- und Konditoren-Gesellschaft "Deutsche Bäcker- und Konditor-Gesellschaft", Berlin, einen Artikel wieder, von dem jezulasten folgt:

In einer Anzahl Tageszeitungen finden wir gegenwärtig Artikel, die zu dem gewünschten gesetzlichen Verbot der Nacharbeit im Bäckerhandwerk sich wie folgt äußern: Auf einer lärmstarken abgehaltenen Versammlung von Bäckernmeistern, der auch Vertreter der zuständigen Behörden beinhaltet, wurde erneut die Reichsregierung erzählt, durch Vertrag eines Gelehrtenkurses das bestehende Nacharbeitsverbot auch für die Zeit nach dem Kriege sicherzustellen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die ganz überwiegende Mehrzahl der Bäcker, und zwar auch der im Voreinsatz stehenden, sich für ein dauerndes Nacharbeitsverbot ausgesprochen haben. Tatsächlich ist bereits ein Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der jedoch noch nicht im Bundesrat zur Vorlage gelangte. Verschiedene Bedenken gegen eine gesetzliche Regelung im gegenwärtigen Augenblick. Marig! an Wohnen und Arbeitskräften haben zu Zusammenlegungen im Bäckerhandwerk geführt, die in nächster Zeit noch einen größeren Anfang antnehmen dürften als bisher. Diese Zusammenlegungen beweisen mögliche Ausnutzung der Betriebe. Mit diesem Prinzip ist ein unbedingtes Freihalten an einer zwölfstündigen Arbeitspause idem vereinbar. Der vorgesehene Gesetzesentwurf sieht deshalb auch Ausnahmen für Großbetriebe vor, für die die Nacharbeite auf acht Stunden

beschränkt werden soll, so ist sie in zum Teil sehr empfindlichen Schilden am Körper aufzutragen. Diese Vorschrift ausstellung der Gesundheitsaufsicht besonders von den Konsumgenossenschaften wird nun als unerreichbar angefeindet, weil dabei keine reelle gesetzliche Ausführung der Werbung zu erzielen sei. Nun kommen weitergehende Einschränkungen der Plakatwerbung einer geistlichen Regelung vorbehaltlich nicht in Frage; es würde aber auch bei den in Rückblick genommenen zwei admissiblen Schilden der Großbetriebe dem Bädergewerbe ein empfindlicher Wettbewerb bereitstehen, der ihnen im Proverkauf bereits vor dem Kriege vielfach zu Klagen Anlaß gab. Es fragt sich also sehr, ob sich die augenblicklich wenig günstige Lage des Bädergewerbes bei einer jetzt in der perplamten Weise statuierenden gesetzlichen Regelung nicht noch weiter verschärft. (Aber ganz sicher! Ned!) Die großen Anstrengungen der Bäder-Großbetriebe, die sich bei der geistlichen Regelung eine Sonderstellung zu erlangen scheint von dem Bädergewerbe richtig eingeschafft werden; denn wenn hier eine Regelung zugunsten der Großbetriebe erfolgt, so kommt das Bädergewerbe in das Hinteressen und bringt ihm nach dem Kriege kaum geahnte Nachteile."

Daz derartige Stimmen immer wieder in den Kreisen der Bädermeister laut werden, ist nicht zu verwundern; denn es gibt dort in der Tat noch eine kleine Gruppe, die in ihrer Höflichkeit sich aus den mittelalterlichen Zuständen der Bäderei nicht loslösen können und aus lauter Angst vor der naturgemäßen Fortentwicklung der Großbetriebe die heute noch vorhandenen Errichtungsmöglichkeiten des Klein- und Mittelbetriebes vollständig verferrnen. Was uns aber doch wundert, ist, daß das offizielle Blatt des Centralverbandes deutscher Bädernungen „Germania“ (also einer Organisation, die sich mit dem Nachbadverbot längst betreutet hat und auch mit dem bisher bekannten Regierungsentwurf im großen und ganzen einverstanden war) die Berechtigung solcher rücksichtigen Stimmen nicht nur nicht ablehnt, sondern die geringe geistliche Regelung durch den redaktionellen Zwischenruf: „Aber ganz sicher!“ gleichfalls als schädlich für den Kleinbetrieb kennzeichnen will. Das Blatt sieht hier offenbar in Widerspruch mit der Leitung des „Germania“-verbandes, die in dem von der Regierung vorgelegten Entwurf eines dauernden Nachbadverbotes keine Schädigung des Bädergewerbes finden konnte; denn sonst hätte sie ihm im Prinzip sicher nicht zugestimmt. Es wäre ja auch sonderbar, daß die Möglichkeit eines Zweischichtenbetriebes für die Großbetriebe den andern Betrieben größeren Nachteil bringen sollte als ein Dreischichtenbetrieb, der der Großkonkurrenz wieder wie früher frei stände, wenn ein dauerndes Nachbadverbot nicht käme.

„Gedenkt“ erischen untere Kollegen, daß der Kampf um das dauernde Nachtwachterbetrieb noch lange nicht abgeschlossen ist und sie also straflich leidenschaftig handeln würden, wenn sie in ihrem Müttingeifer nachlassen wollten. „Das darf es nicht geben! Hab mir nur einigen fürsichtigen Vätermeistern und einer geößeren Reihe unerlässlicher Protokapitalisten, sondern auch dem Bundesrat gegenüber, der den geforderten und längst ausgearbeiteten Gesetzentwurf noch immer nicht auf den verfassungsmöglichen Weg bringt, müssen die Väterearbeiter fortgesetzt befinden: Wir lassen uns nicht wieder in das Joch der Nachtwachterarbeit spannen, und deshalb muß nun endlich das Geißel in Kraft treten!“

## Bei Arbeitslosen.

Die rege Beschäftigung in den für die Kriegswirtschaft arbeitenden Betrieben hat im November und Dezember 1917, für die umwelt Berichte vorliegen, angehalten; die deutliche Vollständigkeit hat sich durch die 41 Kriegsmonate, die hinter uns liegen, nicht unterfriegen lassen; mit zufälliger Sicherheit verfolgt sie ihren Weg der Versorgung des Heeres und des auf sich angewiesenen Hintermarktes. Bergbau- und Hüttenbetrieb, Eisen- und Metallindustrie, Maschinenbau und elektrische Industrie ebenso wie die chemische Industrie sind rosig beschäftigt. Zu dem zum Vergleich füch eignenden Monat November sind gegenüber dem Vorjahr und dem Vorjahr bei fast allen genannten Industriezweigen Verbesserungen der Leistungen zu verzeichnen. Die Nachrechnungen der Stadtkassen lassen für die am 1. Dezember in Betrachtung stehenden Mitglieder im Vergleich zum Anfang des Jahres eine Zunahme um 48.330 über um 0,56 vom Hundert erkennt. Gegen das Vorjahr ist diese Erhöhung geringer. Am 1. Dezember 1916 war eine Verminderung um 0,30 vom Hundert eingetreten. Es trat damals ein Rückgang der männlichen Beschäftigtenzahl um 2,87 vom Hundert ein bei einer Zunahme der weiblichen Arbeitnehmerin um 1,39 vom Hundert. Diesmal jedoch kam eine Wiederbeschäftigung früher Geschlechter, und zwar um 0,22 vom Hundert bei den männlichen, um 0,51 vom Hundert bei den weiblichen Beschäftigten.

Die Arbeitslosenquote bei 34 Gemeinden mit 1 055 911 Einwohnern fällt im November 1995 gleich 0,7 vom Stand 1994. Die größte Abfall tritt bei Sennestadt auf. Der Wert sinkt hier um die Stichstichzahl 1,7; es kann also eine bedeutende Veränderung sein.

Die Ergebnisse der Schätzungen liegen im Bereich von 1000 bis 1500 Todesopfern für beide Größenordnungen einer Bevölkerung des Landes. Bei den tatsächlichen Verlusten von 36 Menschen kann man auf die Schätzung von 1400 Todesopfern verzichten. Da kommt auf 1000 Todesopfern der tatsächliche Verlust von 36 Menschen und die Schätzung von 1400 Todesopfern eine Unsicherheit von 95 auf 100. Auf dem zentralen Wert kann man also mit 95%iger Sicherheit von 36 Todesopfern ausgehen. Der Unterschied zwischen den Ergebnissen der Haftvergabe und der Haftbefreiung besteht darin, dass die Haftbefreiung weniger Todesopfer verursacht.

ung der AEG erhalten. Da Berlin-Spandau und im Zusammenhang mit einigen der interessantesten Werke gefertigt in Spandau nahm die RDA die ausgewählten St. Görres-Gedanken des Bildhauers an sich. Allerdings haben diese Gedanken keine Form gefunden, eben ein Bildnis der Ausführlichkeit hat dort wahrscheinlich nicht stattgefunden. Die RDA hat nur die Formel eines Bildes und entsprechend diesem Material, welches sie für den 10. November 1950 in der Zeitung „Der Volkssturmer“ am 10. November 1950 veröffentlichte, einen offenen Bildhauer und 1950 Personen zu vergeben, die am 10. November 1950 geboren sind. „Die RDA ist der 10. November 1950 und ist der 10. November 1950.“

für Sie heißen Berufe kann ich Ihnen nicht mehr nennen.

Wie sich die Vermittlungsfähigkeit für Hörer und Sprechertrennen in den einzelnen Landesgebieten gestaltet, ist folgender Auflistung zu entnehmen:

Landesgebiete	Anzahl der			Von jede offene Stelle entflohen Arbeits- suchende
	Erwerb- suchenden	offenen Stellen	verlorenen Stellen	
Provinz Oldenburg .....	14	10	6	1,40
Westpreußen .....	32	24	28	1,83
Berlin u. Prov Brandenburg	740	608	599	1,22
Provinz Pommern .....	86	30	19	1,20
* Polen .....	29	26	17	1,16
* Schlesien .....	81	99	62	0,82
* Sachsen .....	87	107	68	0,81
* Schleswig-Holst.	22	18	17	1,22
* Hannover .....	42	53	28	0,79
* Westfalen .....	27	43	27	0,68
* Westfalen-Nassau .....	72	68	55	1,06
* Rheinland .....	102	50	80	2,04
Königreich Bayern .....	195	141	87	1,38
* Sachsen .....	161	121	118	1,38
* Württemberg .....	40	38	16	1,06
Großherzogtum Baden .....	77	108	60	0,71
Hessen .....	22	24	14	0,91
Thüring. Staaten, Oldenburg und Braunschweig	86	37	23	0,98
Bremen und Lübeck .....	15	18	16	0,88
Hamburg .....	72	44	44	1,64
Sachsen-Anhalt .....	98	31	15	0,82

In zehn Landesgebieten wurde der Gesamtdurchschnitt von 114 Arbeitssuchenden auf 100 Stellen überschritten; elf Landesgebiete blieben unter dem Durchschnitt. Verhältnismäßig groß war der Andrang Arbeitssuchender im Rheinland und in Hamburg; sehr wenig Arbeitssuchende im Verhältnis zur Zahl der offenen Stellen wurden gebucht in Provinz Schlesien, Sachsen, Hannover, Westfalen, in Baden und in Bremen. Von Berlin wird gemeldet, daß die Arbeitslosenziffer stieg infolge weiterer Zusammensetzung von Betrieben; dasselbe gilt für das Königreich Sachsen und für Hamburg. Im Rheinland konnte trotz dem Überangebot von Arbeitskräften ein Teil der Stellen nicht besetzt werden, weil es sich um Plätze in kleinen Unternehmen handelte.

In einzelnen Städten in Baden waren tüchtige Kräfte begehrte; in andern Orten dieses Gebietes dagegen war die Lage trüg; Bayern und Würtemberg melden durchweg ein niedrigerangebot von Arbeitskräften. Sofern für den Monat Dezember bereits Betriebe vorliegen, lässt sich von einer Besserung der Lage reden, obwohl das Bedarfsbrot für Weihnachtszeit jetzt lächelnd auf das Gezeigte wies.

## Befremdliches Vorgehen des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften gegen einen technischen Beamten.

Der ersten Nummer im neuen Jahre des „Correspondenzblattes der Gewerfschäften Zeugends“ entnehmen wir nachfolgenden Zitats, dem ersten Artikel: lebhaftes Interesse einzubringen wird.

Nach dem § 574 der Reichserüffnungserordnung haben die Betriebsgesellschaften befähigt für die Durchführung der Unfallverhütungsmaßnahmen zu sorgen. Weiter sind die Gemeinschaften nach § 575 der Reichserüffnungserordnung berechtigt und auf Verlangen des Reichserüffnungsausschusses vereidigt, technische Aufsichtsbeamte in der erforderlichen Zahl anzustellen, um die Beteiligung der Unfallverhütungsmaßnahmen zu überwachen. Nach dem letzten Geschäftsjahresbericht des Reichserüffnungsausschusses haben von 68 gewerblichen Betriebsgesellschaften 64 insgesamt 358stellen für technische Aufsichtsbeamte eingerichtet. Dagegen beträgt die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten bei den 49 landwirtschaftlichen Betriebsgesellschaften nur 68.

Sobald es sich um Unternehmungen gibt, denen der Betrieb  
der industriellen Aufzugsbeamten der Betriebsgenossenschaft  
ebenso unwillkommen wie der Betrieb des Gewerbeinhabers  
ist, bedarf nicht besonderes Betont zu werden. Dass es aber  
bei Versammlung der Leitenden Betriebsgenossenschaften vorbe-  
halten bliebe, gegen einen technischen Aufzugsbeamten, wie  
nachstehend geschildert, vorzugehen, mag doch bestreiten  
erregen.

Zum vorliegenden Falle handelt es sich um den technischen Aufsichtsrat der Würzungärzteleindustrie-Berufsgenossenschaft, Oberingenieur Urban, Berlin. Sowohl der letzte Vorsitzende dieses Beirats, wie auch zwei von ihm berauftgegebene vorzügliche Werke über: „Rüttelverarbeitung in der Würzungärzteleindustrie-Berufsgenossenschaft“ und „Rüttelfertigung im Fabrikusbetrieb“ haben nach dem

und praktizierende, im geschäftlichen Leben auf dem  
Bereich des gewerblichen Betriebes gefunden. Das erste Buch  
ist 1913, das zweite im Februar 1917 erschienen. Name-  
lich hat zuletzt herausgegebene Werk schafft dem Verband  
der Deutschen Berufspersonenfachschulen pass und gut nicht.  
Was meint's nicht? Weil der Verleger eben nicht einstirbt  
die Quellen der Erfüllungsort versteckt, sondern auch die der  
Wiederholungsfähigkeit. Gibt auf die Bildungsmaßne des  
Fachbereichs der Deutschen Berufspersonenfachschulen deren  
Ursprung erörtert einzugehen werden soll, seien zunächst  
noch einige Worte über die einzelnen Berufe auszugsweise  
erwähnt.

Der Gedanken hat Reichsgerichtsratsamtes, Dr. Stauffenberg, überreicht dem Reichsführer. Der Reichsgerichtsrat entschloß E. Reuter in Berlin ab mit der Stadt „Hannover“ die „Reichsgerichtsordnung“ überreicht werden. Bei welchen erledigten Denks verfügte ich den Zulässt. Ich habe auch erledigte Gedanken welche mir zur aufgabe und zur Erhaltung des Reichsgerichtsvertrags dienen mögen.“ — Reichsgerichtsrat Schröder vom Reichsgerichtsratsamt lehrte Pöhlmann darüber diese folgt und „... daß verlegende Recht von Recht ist da das einzige Recht ist zur Verfolgung der Rechtsordnung und Verhinderung der Rechtsordnung.“

Behörden und Berufsgenossenschaften, der Fabrikanten und Kaufleute des Jahrmarktes und der den Fahrstuhlbetrieb beanspruchenden Beamten." — Geheimer Regierungsrat Krupp, vorzüglicher Rat im sächsischen Ministerium des Innern: „Urbans Schrift über „Unfallverhütung im Fahrtstuhlbetrieb“ kann als Ergänzung seines 1883 erschienenen Buches über „Unfallverhütung in der Fahrzeugmittelindustrie-Berufsgenossenschaft“ betrachtet werden. Wie dort, tritt der Verfasser auf Grund seiner reichen Erfahrungen im Aufschlussdienste für weitere Ausgestaltung der Unfallverhütung — diesmal auf einem enger begrenzten Sondergebiete — warm und eindrücksvoll ein. . . . Nach alledem kann das Studium auch dieses Buches allen warm empfohlen werden, die sich aus Beruf oder Neigung mit dem Arbeiterschutz, der Kräftigung und Erhaltung unserer Volksschaft nach unendlich schweren, verlustreichen Stämpfen gegen die äußeren Feinde zu befassen haben.“ — Lehrt die Urteile liegen noch von hervorragenden Regierungs- und Gewerberäten usw. vor. Trotzdem dies auch dem Verbande der Deutschen Berufsgenossenschaften nicht unbekannt ist, hat er doch nicht unterlassen können, unter dem Vorsitz seines stellvertretenden Vorsitzenden, des Justizrat Wandel, Directors der **Hirama Krupp** in Essen, gegen den sich um den Ausbau der Unfallverhütung und des Arbeiterschutzes große Verdienste erworbenen Verfasser vorzugehen. In welcher Weise dies geschehen ist, ergibt sich aus der Zeitschrift „Die Berufsgenossenschaft“, Nr. 16, in welcher darüber unter anderem folgendes ausgeführt wird:

„Der Vorsitzende berichtet, daß die erwähnte Schrift, die eine Darstellung der Unfallgefahren im Fahrstuhlbetrieb und Vorschläge zu ihrer Beleitigung unter Anführung der Sicherheitseinrichtungen bieten solle, in ihrem Vorwort, sowie in ihrem ersten Abschnitte Ausführungen enthalte, die das stärkste Bestreben hervorrufen müßten. Es werde darin ausgeführt, daß das Feld des Arbeiterschutzes von Grund auf neu bearbeitet werden müsse, daß bei der Unfallverhütung der Arbeiter im allgemeinen von der Mehrzahl nicht die Teilnahme entgegengesetzt werde, die vorhanden sei, wenn es sich um Gefahren für die Allgemeinheit oder um die Not des Krieges handele, daß man nicht totenlos zuschauen könne, daß alljährlich eine große Zahl von Menschen bei der Arbeit verflümmelt werde und daß noch immer witten im mörderischen Kriege die Gegner einer gesunden Sozialpolitik an der Arbeit seien. Nachdem in dieser Weise im Vorwort der Verfasser über das, was die Berufsgenossenschaften in dreißigjähriger Arbeit auf dem Gebiete des Unfallschutzes geleistet hätten, geurteilt habe, werde im ersten Abschnitt erklärt, daß es eine dankbare Aufgabe des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften sein werde, wenn er die Maschinenindustrie durch bindende Abmachungen zur Lieferung ausreichend geschützter Maschinen und Apparate anhalten würde, und daran anschließend folgendes gesagt: „Es steht außer Frage, daß der genannte Verein (Verein Deutscher Maschinenbauanstalten) durch die Berufsgenossenschaften der Eisen- und Stahlindustrie im eigenen Interesse Einfluß auf den Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften in der Richtung zu gewinnen versucht hat, daß die Normal-Unfallverhütungsvorschriften, soweit sie der Maschinenindustrie unbequem erscheinen, abgeändert würden.“ — Ferner heißt es: „Zedenfalls steht fest, daß man leider in freien großer Industrieverbände und auch in solchen des Maschinenbaues leider Unfallverhütung abgeneigt ist. . . .“ Hierzu bemerkt der Berichterstatuer, daß die Ausführungen des Herrn Urban, die in ähnlicher Weise sich auch in dem Bericht der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1916 befinden, beißfüllige Aufnahme in der sozialdemokratischen Presse gefunden hätten. Er empfiehlt, der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft mitzuteilen, daß man mit Bedauern von diesen Ausführungen und unzulässigen Verallgemeinerungen, die geeignet seien, die Interessen der Berufsgenossenschaft zu schädigen, Kenntnis genommen habe und darum bitten müsse, Herrn Urban hierzu in Kenntnis zu setzen.

In der an diesen Bericht sich anschließenden Aussprache ist man übereinstimmend der Meinung, daß die beanstandeten Ausführungen und Angriffe des Herrn Urban unverchristlich sind und schändliche Zurückweisung verdienten. Der Verband der Berufsgenossenschaften werde jedoch gut tun, wenn er nicht das Amt eines Rentiers übernehme und Herrn Urban durch Vermittlung der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft eine „Art Verantwortung erfülle“, zumal seinerzeit das Vorgehen des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten bei Aufstellung der Normal-Unfallverhütungsvorschriften auch in weiten Kreisen der Berufsgenossenschaften große Misstrauensbewegungen hervorgerufen habe. Der Verband werde sich zweitmöglich darauß beschränken, zu erklären, daß er und die Berufsgenossenschaften sich dagegen verteidigen müßten, daß sie sich nicht genügend um die Unfallverhütung kümmerten und daß die in dieser Hinsicht von Herrn Urban erhobenen Vorwürfe mit Entwickeltheit zurückzuweisen seien. Ratsrat Dr. Neißer wird gebeten, im Verein mit Dilektor Meesmann eine entsprechende Entschließung zu formulieren.“

Bemerkt sei hierzu, daß die Schriften des Herrn H. früher im „Vorwärts“ auch im Verbande organen der Väter jüngstige Aufnahme gefunden haben. Und dafür muß er in Sicht und Renn getan werden! Der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften spricht nun von Angriffen gegen ihn. Solche sind in den Schriften beim besten Willen leicht zu entdeden. H. macht lediglich zur besseren Durchführung des Arbeiterschutzes dem Verbande Vorschläge. Und es möglic dem berufsgenossenschaftlichen Verbande, wenn er dem weiteren Ausbau der Unfallverhütung stimmtisch gegenübersieht, doch nur recht sein. Der Verband der Motorradindustriellen wird dagegen mit Recht schwer angegriffen. Statt es diesem Verein zu überlassen, sich mit H. rückhaltnerzusezen, fährt man vielmehr schütztes Geschäft mit. Irgendem dem Verbande seitens der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft mitgeteilt worden ist, daß Lebens Dicht eine Privatarbeit und dieser allein für verantwortlich ist. Auf der letzten Gewerkschaftsversammlung der genannten Berufsgenossenschaft wurde übrigens vor der Abreise des Vorstandes aus die des Präsidiums geäußert, daß keine Schriften seines erzählers; ja sogar der untersteueren Gewerkschafts- und Gewerbevertretungen als meinte, der Vorsitz des Herrn H. trage hoffentlich dazu bei, bei den Gewerkschaftsvereinen das Gewissen aufzuheben.

# Versäumt nicht die Generalversammlung Eurer Zahlstelle!

Zum Schluß wollen wir nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß ein Mann des Arbeiterschutzes, dessen Jahresberichte und erwähnten Werke nicht nur seitens Behörden, seiner Berufsgenossenschaft, sondern auch bei den Versicherten günstige Aufnahme gefunden haben, sich durch ein so kleinstes und übrigens nicht ganz einwendfreies Vorgehen des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften nicht abhalten lassen wird, seinen Weg unbeirrt weiter zu schreiten. Er kann versichert sein, alle Freunde eines wahren Arbeiterschutzes dabei auf seiner Seite zu haben. Hierzu zählen in erster Linie die Versicherten. Und im Interesse der Versicherten nehmen wir einen Beamen, der seine Aufgabe richtig erfüllt hat, gegen einen so durchsichtigen Vorgehen, wie es der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften beliebt, in Schuß.

Dass wir uns der Stellungnahme des Verfassers vornehmter Ausführungen vollkommen anschließen, ist selbstverständlich, und wir begrüßen es gleichfalls, daß der Vorstand der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft bisher immer die Tätigkeit des Oberingenieurs Urban als Rücksichtsbeamten anerkannt hat. Es war für die Arbeiterschaft stets ein gewisser Trost, daß ihr Verlangen eines möglichst sicheren Schutzes gegen Leibes- und Lebensgefahren im Betrieb betriebe bei der zuständigen Berufsgenossenschaft und deren Beauftragten Verständnis und Entgegenkommen fand; sie muß es auf das Entschiedenste verurteilen, daß von nunen her sich Einflüsse Weltung verschaffen wollen, die hierin eine Verschlechterung anstreben.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

#### Mitteilung.

Vom 14. bis 19. Januar gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beiträge ein:

Für November: Nürnberg M. 510,19, Zeit 119,73.  
Für Oktober bis Dezember: Marktredwitz M. 20,95, Ischhoe 80,15.

Für November und Dezember: Halberstadt M. 32,86, Traunstein 45,80.

Für Dezember: Nürnberg M. 743,96, Brestin 153,50, Crimmitschau 26,41, Schramberg 6,42, Dresden 2016,49, Meißen 12,60, Straßburg 58,81, Bamberg 25,72, Lößnitz im Erzgebirge 95,29, Cölnabrück 49,70, Solingen 39,17, Hirschberg 32,80, Bielefeld 172,84, Leisnig-Döbeln 37,60, Grefeld 28,06, Cassel 112,26, Hadersleben 5,80, Darmstadt 26,48, Chemnitz 394,30, Schweinfurt 15,82, Zwischen 55,99, Zene 67,91, Schmölln 14, Braunschweig 110,24, Breslau 328,74, Brandenburg 55,86, Esslingen 18,65, Augsburg 26,70, Diamantheim 145,66, Kaiserslautern 10, Karlsruhe 6,40, Herburg 42,25, Mühlungen 32,15, Zeit 174,99, Sonneberg 53,50, Waldenburg 88,25, Eisenach 15,97, Hofenheim 29,28.

Für Abonnements und Annoncen: Nürnberg M. 8,40, Straßburg 3,60, Darmstadt 3,60, Traunstein 3,90, Brandenburg 3,80.

Mit der Hauptkasse rektieren für Dezember: Gotha und Danzig.

Abrechnung ohne Geld gefaßt: Bad Reichenhall  
Geld ohne Abrechnung geplant: Düsseldorf.

Der Hauptkassierer, D. Freytag.

**Von Kollegen aus dem Felde für Unterstützungs Zwecke.**

An die Zahlstelle Berlin: Von C. B. M. 5. Ritter mitliefert M. 4601,85, heute quittiert M. 5, zusammen M. 4606,85.

#### Aus den Bezirken.

**Duisburg.** Die Adressen des Vorsitzenden ist: Ulrich Mogg, Duisburg, Felsenstr. 157. Dort wird auch die Unterstützung ausgezahlt.

#### Kriegsverluste des Verbandes.

**Bezirk Chemnitz.** Max Reichel (Zwickau), gestorben in einem Feldlazarett.

**Bezirk Frankfurt a. M.** Hans Danner, Bäcker, 32 Jahre alt, gefallen im Januar 1918.

Ehre ihrem Andenken!

#### Korrespondenz.

#### Generalversammlungen.

**Bremenhaven.** Am 18. Januar fand die Generalversammlung statt, die sich eines guten Besuches erfreute. Den Vorsitzende gab fürs der Kollege Wulf. Die Zahlstelle hat ganz besonders unter dem Kriege zu leiden, da durch die Einschaltung der Schiffahrt der Verkehr zeitlich behindert ist. Um Vollzähligkeit 1916 waren noch 60 Mitglieder vorhanden, am Schluß des Jahres 1917 nur noch 16 Mitglieder. Aus den oben angeführten Gründen heraus und heute hier auch fast keine Kollegen mehr beschäftigt, als in den beiden Großbetrieben. Um die Lage der Kollegenchaft zu prüfen, wurden zwei Befragungen geführt, die beide mit guten Erfolgen abschlossen. In der Genossenschaft wurde für die Belegschaften eine Leistungszusage erreicht, und mit der Bremerhavener Kaufmannschaft, wieder ein 2. Dritt für zwei Jahre abgewickelt, der in Zukunft von einer Betriebsrente profitieren. An der zweiten Befragung waren 97 Kolleginnen und Kollegen beschäftigt und breiteten vertrauliche Nachberührungen. Die Ergebnisse der Befragungen sind eindeutig eines Ergebnisses: 1. M. 11,27, 2. M. 12,11. Die Ausgaben betragen 14.500,-, so dass ein Kosten-

bestand von M. 242,76 verbleibt. An die Hauptkasse wurden M. 655,19 eingezahlt. An Unterstützungen wurde einschließlich der Weihnachtshilfe die Summe von M. 433,20 ausgeschüttet. Dem Kassierer wurde auf Antrag Entlastung erlaubt. In der Diskussion wurde noch einmal die öffentliche Versammlung, die sich mit dem Radikalverbot beschäftigte, behandelt. Der Gewerkschaftsrat soll danach getrachtet werden, daß an Stelle des Genossen Hoffmann ein anderer Genosse mit der Führung des Kartells betraut wird, damit der Fall nicht mehr eintreten könne, daß sich in einer öffentlichen Versammlung der Vorstand des Kartells mit den Beschluß der internationalen Gewerkschaftsvereinigung und den Beschlüssen der deutschen Gewerkschaften zum Friedensvertrage in Widerspruch setze, wie dies von Seiten des Genossen Hoffmann geschehen ist. Als Vorsitzender wurde der Kollege Wulf, als Kassierer der Kollege Stummhofer und als Schriftführer der Kollege Hoffmann, zu Abstimmung wurden die Kollegen Würdemann II und Loberus gewählt.

**Crimmitschau.** Am 9. Januar fand die Generalversammlung statt. Kollege Wörleitner gab den Geschäfts- und Kassenbericht. Er führte aus, daß die Agitation in dieser

Für die anlässlich des Jahrestwechsels aus dem Felde so zahlreich eingegangenen Grüße und Friedenswünsche — aus allen Zuschriften sprach die unerschütterliche Treue zur Organisation — von hier aus unsern herzlichsten Dank! Redaktion. Verbandsvorstand.

schweren Zeit nicht immer den gewünschten Erfolg gehabt habe, da nur noch wenige Geisellen anwesend seien und die Lehrjungen meistens in des Meisters Obhut standen. Es sind 9 Mitglieder vorhanden, und zwar 6 männliche und 3 weibliche. Sterben würden 472 Stück für M. 336,60 verfaßt. An die Hauptkasse wurden M. 256,56 gefaßt. Es verbleibt ein Kassenbestand von M. 16,39. Auf Antrag des Kassierers, Kollegen Heil, wurde dem Vorsitzenden Entlastung erteilt. Von einer Neuwahl wurde Abstand genommen. Heil forderte die Kollegen auf, in der Agitation nicht zu erzählen und die einzelnen Kollegen immer wieder aufzufordern, um sie für unsern Verband zu gewinnen. Wenn der erste Sieg errungen, wie wir alle hoffen, nun bald kommt, müssen wir gewappnet dastehen. Dann gibt Heil noch einen ausführlichen Bericht von seinem Agitationsbezirk.

**Düsseldorf.** Unsere Generalversammlung fand am 6. Januar statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Jahresbericht des Vorsitzenden. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl des Vorsitzenden. Vorher in die Tagesordnung eingetragen wurde, genehmigte der Vorsitzende einer für uns traurigen Todesfall Heber, edler Kollege Emil Gropp ist als Opfer des Weltkrieges zu beklagen; in ihm verlor die Zahlstelle einen der besten Kollegen in der Agitation für den Verband er wird der Zahlstelle unverzüglich bleiben. Zur Ehrung hatten sich die Kollegen von ihren Plätzen erhoben. Am Punkt 1 gab Kollege Wielert einen Rückblick des verflossenen Geschäftsjahrs; er berührte dabei, daß der Vorstand alles, was in seinen Kräften stand, verhindert hat, die Lage der Bäckereiarbeiter zu verschärfen; leider war zu verzeichnen, daß wegen der Lähmung der Kollegen in den Großbetrieben nichts unternommen werden konnte. Des Weiteren haben Versammlungen in der Südbäckerei stattgefunden betreffs Leistungszulage, die zum Abschluß gebracht ist. Punkt 2 rührte von der Tagesordnung an: gezeigt werden, weil die Schatzkasse noch nicht fertiggestellt war, der Kassierer seinen Posten niedergelegt; hatte und es auch nicht für nötig befunden, hatte, in der Generalversammlung zu erscheinen; es soll dies in der nächsten Versammlung geschehen. Punkt 3: In dem Vorstand wurden die Kollegen C. Wielert, erster Vorsitzender, M. Schmalz, Vertretermann, F. Sennwald, erster Schriftführer, W. Rudeberle, Revisor, erwählt. Des Weiteren sprach die deutsche Generalversammlung fröhlein Glücklich Schwierigkath ihren Dank aus für die Expedition der "Bäderzeitung" an die Kollegen im Felde. In der Diskussion wurde der Kollege Rudeberle mehr Auseinandersetzung unter den Bäckern, um sie für unsere gerechte Sache zu gewinnen. Zum Schlusß ernannte der Vorsitzende die mäßig besuchte Generalversammlung, den neuen Verband fröhlig zu unterstützen, damit wir die schwere Zeit für den Verband gut bestehen.

**Offen a. d. R.** Am 13. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende Worn gedachte zuerst in bewegten Worten aller Kollegen und Freunde der Organisation im Felde, die die gewaltigen Strapazen und Entferbungen nun schon im vierten Kriegsjahr zu erleben haben; er gedachte auch der Heimgebliebenen und tourtige ihre Entferbungen und Opfer. Die Hoffnungen auf Frieden haben sich 1917 leider nicht erfüllt; den Freunden im Felde würden wir eine halbige und glückliche Heimkehr! Die Arbeiten des Vorstandes waren auch im vorausgesagten Maße nicht leicht; einzelne Personen waren überlastet. Der Verband besteht aus elf Personen und war je in der Lage, die durch Einziehungen verlorenen Kräfte wieder zu erneuten. Fünf Vorstandsmitglieder schieden aus, darunter drei Kollegen zum Militär, unter ihnen auch unter Freunden. Der Vorstand war vertreten in 15 Kriegsberufsführern und 9 Kassiererstellungen. Zur Erledigung der Geschäfte der Zahlstelle waren 7 Kriegsberufsführungen notwendig, darüber fanden 17 Kollegen statt, die der Agitation und Verbündungen mit der Belegschaft gewidmet waren, und 2 Betriebs-, eine öffentl. und 5 Mitgliedsberufsführungen wurden eingesetzt. Der Vorstand ging dann auf den Kriegsberufsführer und auch ein. Der Vorsitzende forderte Kollegen einzuhören, nicht zu dulden werden. Er ermahnte alle

Kollegen, in diesem Jahre sich rechtzeitig an den Versammlungen zu beteiligen. Eine gewaltige Arbeit hatte der Vorstand durch den schriftlichen Verkehr zu bewältigen. Mit zu den Hauptaufgaben gehört der schriftliche Verkehr mit unseren Freunden im Felde. Es wurden zusammen 4687 Feldpostsendungen ins Felde gesandt. Aber beim besten Willen ist der Vorstand nicht in der Lage, alle Briefe aus dem Felde so zu beantworten, wie es eigentlich notwendig wäre. Kollege Wörleitner hat in 98 Versammlungen und Verbündungen teilgenommen. 290 Kollegenversammlungen fanden statt, bei denen alles in besserer Ordnung gefunden wurde. Der Vorsitzende würdigte dann in gebührender Weise die Arbeit des Kassierers, Kollegen Heil. Die Beschaffung von Arbeitskräften war auch in diesem Jahre schwierig; trotzdem ist es uns gelungen, 80 neue Stellen mit Kraft und Logis und 16 alte Stellen mit Kraft und Logis, in Summa 106 Stellen zu vermittelnden freiwillige Sammlungen fanden statt. Zu Weihnachten konnten wir leider nur einen Kalender ins Felde senden. Zu der vom Hauptvorstand bewilligten Summe von M. 8 für die Hinterbliebenen der zum Kriegsdienst eingezogenen Kollegen haben wir noch aus der Liebesgabenkasse M. 2 zugezahlt. Der Vorsitzende ging dann auf die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen ein und besprach ausführlich die großen und gewaltigen Zugaben der Gewerkschaften nach dem Kriege. Wenn die Friedensgläser läuteten, wenn die Fahnen sich der Heimat zuwenden, wenn Feldgrau mit dem Arbeitskleid verzaubert wird, dann gilt es, unsere Reihen zu füllen, dann kommt die Mobilisierung der Arbeiterschaft. Dann gilt es, mitzuarbeiten zur vollen Anteilnahme an den Errungenschaften der Kultur, für eine schönere und freudlichere Zukunft! Der Vorsitzende schloß mit den Worten: "Wir haben alle Schwäche von uns abgetragen und sind uns unseres Reichtums wie nie bewußt geworden. Wir streben unentwegt die Freiheit aller Menschen an, das Glück der Menschheit nach dem letzten Massenmord. Nichts wird uns hindern, mit der Flut gebauten Baum den Schritt zu tun, der unsere Herzen jubelnd bis zum Ziele trägt. Dann fängt ein neues Leben und ein neuer Schaffen an, wenn aller Freundschaft, alles Glücks Zustände schlägt, wenn wir Verbündung feiern und der grauenhafe Raum des letzten Krieges verzaubert, auf immerdar begangen ist. Dann fängt die neue Zeit, das neue Glück, der große Frieden an. Der Mensch ist neu geworden, und ein neues Recht wird Gleiche, Freie binden, denen Leben Heiligtum und Ehrengut ist, und eine einzige Welt blüht einem neuen, einigen Gleichheit." Den Kassenbericht erstattete der Kassierer, Kollege Heil. Die Abrechnung schließt mit einer Einnahme von M. 3941,73, die Ausgabe mit M. 3376,37. Der Kassenbestand beträgt M. 584,38. Kollege Worn und Kollege Warkes haben die Kasse revidiert und alles in besserer Ordnung gefunden. Auf Antrag aus der Versammlung wurde dem gesammelten Verstande Entlastung erteilt. Kein zweiter Rundschau, Neurath des Vorstandes, wurde auf Antrag des Kollegen Goller der die Vorstand einstimmig wiedergewählt. Vom ersten Vorsitzender, Wille zweiter Vorsitzender; Heil erster Kassierer, Richter zweiter Kassierer; Witzelien Revisor; Kraft Schriftführer. Dann hielt Lonics, Hamburg, noch einen Vortrag über: "Die Arbeit unseres Verbandes während des Krieges und unsere Vorbereitungen für die Zeit nach dem Kriege", der beifällig aufgenommen wurde.

**Gotha.** Unsere am 6. Januar stattgefundene Generalversammlung war sehr gut besucht. Durch örtlichen Bedarf des Verbandes und Kassierer im verflossenen Jahre konnte leider kein ausführlicher Vorstand- sowie Kassenbericht gegeben werden. Für die Ortsvertretung wurden gewählt: Beder als Vorsitzender, Singel Steiner, Schöneburg Schriftführer, Kassierer, Schäfer und Schäferdecker. Da unsere Zahlstelle durch Liebesgaben für Kollegen im Felde höhere Ausgaben zu verzeichnen hatte, brachte die Versammlung einstimmig auf Antrag des Kollegen Beder auf alle beitreibenden Männer einen Zuschlag von 5,- pro Woche und Mitglied zu erheben; die Männer für weibliche Mitglieder und Lehrlinge Elsper unberührt. Kollege Steiner führte aus, daß trotz der Schwierigkeiten in der Leitung der Zahlstelle, die uns der Krieg im allgemeinen aufgezeigt, die Zahlstelle sich auf der Höhe gehalten hat. Kollege Beder verfasste noch eine Anzahl Briefe und Karten von Kollegen aus dem Felde, worin sie legt für Liebesgaben und Sonderzuschläge bedienen; auch ein Feldspatz war zugegen. Nach einem kräftigen Appell des Kollegen Steiner, den neu gewählten Verstand fröhlig zu unterstützen, schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung.

**Limbach.** Unsere Generalversammlung fand am 6. Januar statt. Der Vorsitzende, Kollege Hödin, gedachte zu Anfang der Versammlung der dem Krieg zum Opfer gefallenen Mitglieder. Die Ehrung reichte durch Erheben der Beerdigungsmitschrücker von ihren Blumen. Hödin berichtete über die Tätigkeit am Ende und gab den Kassenbericht. Es fanden vier Mitgliederberufsmittungen und zwei Betriebsberufsmittungen statt. Die Auswirkung neuer Mitglieder sollte sein, daß Gruppen Limbach bei Bäckereimeister nur einer oder zwei bestimmt sind. In der Mehrzahl arbeiten die Bäckereimeister zum Lehrlingen. Zwei und drei Lehrlinge bei einem Bäckereimeister sind keine Seltenheit mehr. Alles mag verlangsamt werden, unter den Lütern Auflernenden Mitglieder zu gewinnen. Aufnahmen wurden jetzt gestoppt. Nach aller Mühe sind 637 verfasst. Die Summe ist M. 491,05. An die Hauptkasse wurden abgeführt: M. 589,21. Kassenbestand ist M. 151,09. Kassierer Heil gab Bericht über die Tätigkeit innerhalb des Bezirkes. In den Bezirksgemeinden, in denen die Mitglieder tätig sind, an der Betriebsarbeit beteiligen, sind immer wieder neue Mitglieder geworben. In Gießen berichtet über die Tätigkeit am Ende und gab den Kassenbericht. Es fanden vier Mitgliederberufsmittungen und zwei Betriebsberufsmittungen statt. Die Tätigkeit innerhalb des Bezirkes, in denen die Mitglieder tätig sind, sind Erfolge, den Versammlungen entsprechen, nicht zu verzögern. Zur Tätigkeit bringt verantwort. Bisher in das Reichsberufsbüro immer noch nicht gelegentlich festgelegt. Wir müssen auf dem Posten sitzen. Feder einzeln auf sein Seites kriegen, die Gesellschaft zu stärken, damit wir gegen alles getrocknet sind. Darauf Schluß der Versammlung.

**Düsseldorf.** Unsere Generalversammlung fand am 16. Januar statt. Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Kollege Sievert ergänzte denselben noch kurz. Die Einnahmen betrugen M. 506,34. An die Hauptposte wurden M. 22 ausgeschüttet. Auf dem Jahresbericht ist noch hervorzuheben, daß wir die Kollegen in der Konsumbäckerei im August eine Trennungszulage von M. 20,- erhielt. Als Verbrauchsausgabe wurde der Kollege Sievert niedergemacht. Kollege Rehder wurde zum Revieror und Kollege Wöhrl zum Kassierberichter gewählt. Bezirksleiter Schäfer bestand durch nach kurz die nächsten Ausgaben, die hier geprägt werden müßten, um die Organisation wieder vorwärts zu bringen. Besonders müßte sich nun an die zu diesem auftretenden Kollegen herangemacht werden, um diese sofort für den Verbund zu gewinnen. Die Arbeiten hierzu sollen in nächster Zeit in Angriff genommen werden. Sodann wurde noch ein Antrag des Kollegen Schäfer befohlen, in Zukunft an die Bäckerei Bremen pro Quartal und Beitrag den Betrag von 6,- abzuführen, da es bei den immer mehr steigenden Ausgaben für alle Materialien sowie für alle Ausgaben, die im Interesse des ganzen Bezirkes gemacht werden, der Bäckerei Bremen nicht mehr möglich ist, alle Ausgaben allein zu decken.

**Plauen i. S.** Unsere Generalversammlung fand am 10. Januar im Gewerkschaftshaus statt; sie war verhältnismäßig gut besucht. Der Geschäftsbereich des Vorstandes fasste nur zum Teil gegeben werden, da im Laufe des Jahres Bechtel unter den Vorstandsmitgliedern stand. Der Kassenbericht lag verhältnismäßig jedem Mitglied vor. Rechnungen waren noch vorhanden. Der Kassenbericht bestand darin, daß er jetzt alles in leichter Ordnung vorgefunden habe; darauf wurde dem Kassierer Entlastung erzielt. Bezirksleiter Schäfer gab hieran den Bezirksbericht. Die Neuwahl ergab: Vorsitzender: Adolf Höpfer. Stellvertreter: Martin Reinl. Kassierer: Paul Schuster. Beisitzer: Herm. Dachler. Meister: Grämer. Schnellbäcker: Reichl. Grüner. Abgeordnete: Dr. Röhl, Dr. H. Werner. Dr. H. Röhl kam noch auf unser reiches Kreisfeld in diesem Jahre hin. Er hofft, daß die Bäckerei Plauen alles darunternehmen wird, ihren Bürgern auszuhelfen, wobei das zulässige Kaufmännische vornehmlich ist. Bei der Eröffnung, die nächste Generalversammlung im Februar, würden abbalten zu können, wurde die Versammlung freigeschlossen.

**Augsburg.** Am unteren am 15. Januar stattfindenden Generalversammlung, in welcher der Vorstand einen Rückblick über das abgelaufene Geschäftsjahr gab, war zu hören. Auch haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Rückblick erhalten, obwohl der Übergang zum neuen nicht immer einfach. Aus dem Vorbericht war zu entnehmen, daß die Stoffwechselhütte sehr wesentlich gehoben haben und sich in guten Händen befinden. Es werden 412 Weintage umgesetzt. In die Haushalte werden M. 260,75 abgesetzt. Der Betrieb der Bäckerei erhöhte sich in diesem Jahr von M. 31,79 auf M. 153,33. Auf Antrag des Reviers wurde der Kassierer einstimmig entlastet. Auch haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Beispiel als Kriegsschöpfer zu beobachten. Die endlichende Vorstandswahl ergab die Wiederauflauf der bisherigen Leitung unter Vorbehalt auf die baldige Rückkehr der Mitglieder aus dem Kriege. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten gab der Bezirksleiter einen ausführlichen Rück- und Ausblick über das vergangene Geschäftsjahr im Verbunde und ermahnte die Vorsitzende, etwas mehr Pflichtgefühl zu zeigen und sich über wichtige Verhältnisse eingehend zu informieren, um für späteren Käuflein zu sein. Mit dankbaren Erwähnungen und die Hoffnung auf die Rückkehr verehrter Verbündter schloß der Vorsitzende die sehr erfreuliche verlaufene Generalversammlung.

**Zahl.** Am 13. Januar fand endlich eine bestimmte Generalversammlung statt. Soeben ist dem Konsumentenverbanden Kollegin Sievert, sowie einem anderen erneut erneut ein Rückblick auf das vorherige Geschäftsjahr. Das Konsumentenverbanden eingeschlagene Ergebnis ist auf die lokalen Verbundverbindungen sowie die Bäckereihäuser zu gliedern. Den Konsumentenbericht gab der Kollege Prof. Dr. Seifert gleich zu Anfang seiner Ausführungen, daß die Konsumenten nicht gut entlohnt haben, und daß mit keinem Kunden haben. Die Konsumenten hätten mit 15 Minuten und 4 Minuten Wartezeit zu warten. Mr. Wörner wurde M. 250,- Betrag zu M. 1, 120,- Betrag zu M. 1, 21,- Betrag zu M. 1, 52,- Betrag zu M. 1, 67,- Betrag zu M. 1, 15,- Betrag zu M. 1, 10,- umgesetzt. In die Haushalte wurden M. 746,96 verabschiedet. Der Vorstand stand im Januar 1917, bezuglich M. 11,67, am Ende des Jahres M. 25,00. Zur Gewinnverrechnung waren M. 21 veranschlagt. Ein 12 Mitglieder wurde eine Gewinnverrechnung in Höhe von zusammen M. 93 auf Rechnung der Bäckerei ausgezahlt. Der Vorstand erklärte trotzdem eine Gewinnverrechnung, der zu Anfang des Jahres M. 4,45 betrug, erklärte als Dezember die Summe von M. 163,45. Dessen wurden an die Kunden der Bäckerei zu Strom und Wasserpreis, Salzpreisen und an die kleinen Kollegen Bäckereipreise im Gesamtbetrag von M. 137,65 verabschiedet. Später berührte der Vorstand noch M. 2,50. Allen Kollegen, die dazu ihr Gewissen befreiten, ist im Namen unseres Verbundes gedankt. Da der Konsumentenverbundes Vorstand ebenfalls einen Kollegen schickte, das Brot und Brot der Kollegen ist, den einer Konsument nicht zu erhalten. Zum Schlusse wurde Kollege Sievert, zum Kassierer und Konsumentenverbanden Kollegin Sievert, zum Bäckereihäuser Kollege A. Beck gewählt. Zum Geschäftsbereich für Zahl und Kollege Beck, für Zelle St. Blasii Kollege K. Schäfer bestimmt. Im Schulbezirk erzielte Kollege Schäfer noch über „Schulbrot- und Kriegerbrot“ und „Arbeiterbrot“ zusätzliche Einnahmen. Mit dem Konsumenten, bei dem nächsten Monate den ungewöhnlichen Kosten bringen würden, wurde die zur nächsten Versammlung geschlossen.

**Braunschweig.** Am 13. Januar fand hier unsere Generalversammlung statt, in der Kollege Siegner ein Referat über Kriegs- und Friedensarbeitsamt hielt. Letzter kommt immer das niedrigste Zepter im Zeil der einzelnen

Kollegen nicht erscheinen. Doch waren sich die Anwesenden darüber einig, so wie bisher für die Organisation zu wirken, um beim einzigen Friedensschwung den Gewinnbringenden die Bäckerei in leichter Ordnung übergeben zu können. Die zur Wahl voreinschlagenden Mitglieder nahmen die Wahl an und ver sprachen, jeden Konsumenten auf seine Kollegenpflicht aufmerksam machen zu wollen. Mit dem Beschuß, an die Meister bezüglich einer Teuerungs zulage heranzutreten, wurde die Versammlung mit dem lebhaften Wunsche, daß bald die Konsument steigen möchte, geschlossen.

**Leiderloß.** Nebenbei: von Marie Preysas. Es ist die Geschichte eines armen, veredelten Mädchens, das zu ihrem eigenen Nachteil den Vater ihres Kindes vor einem Weineid rettet und auch in der Folge Beweise leidener Seelengröße gibt. Hochberühmt und Alde des Gemüts sind nicht immer bei denen, die auf der Sonnenseite des Lebens wandeln — das sagt uns diese wunderbare Novelle der berühmten jahndischen Dichterin, in der ihre große Kunst uns verblüfft Armut zeigt. — Weitere Erzählungen folgen sich an.

Außer den Hauptergänzungen bringt jedes Heft in reicher Abbildung illustrierte Aufsätze aus allen Wissensgebieten; daneben Scherze, Rätsel und für Frauen: Aus Haus und Küche.

„In Freien Stunden“ erscheint in wöchentlichen Heften zu 15,-. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung oder der Verlag Buchhandlung Borwätz, Berlin SW 68, entgegen.

Wir empfehlen unsern Lesern, die Zeitung zu abonnieren.

**Spieldienst am 26. Januar  
ist der 5. Wochenbeitrag für 1918  
(27. Jan. bis 2. Febr.) fällig.**

## Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

**Sonntag, 27. Januar:**

**Hannover:** 2 Uhr, „Deutsches Haus“. — **Lübeck** (Generalversammlung): 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50. — **Magdeburg** (Generalversammlung): 4 Uhr im „Bürgerhof“, Lübecker Straße 21. — **Münster-Wilhelmshausen:** Bei Buddenberg, Rüstringen I, Peterstr. 86.

**Dienstag, 29. Januar:**

**Halle a. d. S. (Generalversammlung):** 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Hatz 42/44. (Referent Allmann.)

**Sonntag, 3. Februar:**

**Dortmund:** 3 Uhr bei Schlossmacher, Steinstraße. — **Dresden (Generalversammlung):** 3½ Uhr im Volkshaus, Ritterstraße 2. — **Duisburg:** Vorm. 10 Uhr im „Bienenhaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz. — **Ennig:** 3 Uhr in „Dombergs Ansicht“.

## → Alzeyen. ←

### Nachruf.

Herr seiner Heimat starb in einem Feldlazarett unser Mitglied

### Max Reichel

in seinem 20. Lebensjahr.

Sein Andenken wird stets in Ehren halten  
[M. 3,60] Die Bäckerei Zwickau i. S.

## Begrüßertafel

Totalabbieter National gesucht. Nummern und Preis erbeten unter J. Z. 6023 an d. Exped. d. Btg. [M. 4]

### Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen

decken ihren Bedarf am besten bei

**Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et.**

## Knetmaschine

ein Jahr in Betrieb, wegzieghalber zu verkaufen.

Offerten an die Expedition d. Btl. [M. 4]

## „Auchenrutisch“

bestbewährtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen. Probeflas. M. 7,50, von 5 kg ab u. M. 7. Sehr zu empfehlen!

**Liebing & Co., G. m. b. H..**

Leipzig M. 5. Rohlgartenstraße 5. Telefon 2290.

## Zu Ende ist die Hefennot, jetzt gibt es wieder frisches Brot!

Geeigneten Hopfen zur Bereitung von Zeng empfiehlt die Fünf-Pfund-Packung zu M. 7 franko jeder deutschen Poststation gegen vorherige Einsendung des Betrages oder Nachnahme.

**Bewährtes Rezept kostenlos.**

**S. Sahlmann,** gest. 1840. Hopfenhandlung, Abt. Hefe

Reichsbank-Girokonto.

**Fürth in Bayern.**

[M. 15]